

Mainz, 24.01.2014

Antrag **0996/2012 zur Sitzung Stadtrat am 13.06.2012**

**gem. Antrag: Stadtentwicklung ohne weiteren Flächenverbrauch –
Konversionsflächen nutzen (SPD, GRÜNE, FDP)**

Stadtentwicklung ohne weiteren Flächenverbrauch – Konver- sionsflächen nutzen

Mainz ist eine attraktive Stadt, auch für Wohnungssuchende. Durch den Zuzug der vergangenen Jahre fehlen in Mainz bis zu 1000 Wohnungen. Besonders Menschen mit niedrigen und mittlerem Einkommen, sowie Studentinnen und Studenten ist es fast unmöglich, eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Auch junge Familien haben es schwer in Mainz eine entsprechende Wohnung oder ein Haus zu finden.

In Mainz stehen noch große innerstädtische Flächen zur Verfügung, die sich für eine Entwicklung zum Wohnquartier eignen. Neben dem in der Planung befindlichen Zollhafengebiet eröffnen insbesondere die durch die Bundeswehrreform freiwerdenden Kasernenareale ideale Möglichkeiten um innerstädtischen Wohnraum zu schaffen. Hier sind Potenziale vorhanden, um die weiterhin stärke Nachfrage nach Wohnraum in Mainz zu decken.

Das Oberzentrum Mainz sollte weitere Anstrengungen unternehmen, der Wohnungsnachfrage gerecht zu werden und der Abwanderung von Familien ins Umland entgegen zu wirken.

Aus ökonomischen und ökologischen Gründen sollten Wohnen und Arbeiten möglichst nah beieinander liegen. Das schont Wegebeziehungen und nutzt besser die bereits vorhandene Infrastruktur (z.B. Straßen, Öffentliche Ver- und Entsorgung, ÖPNV, Kitas und weitere soziale Einrichtungen, Schulen, Kultur, Einkaufen). Deshalb bekennt sich die Stadt weiterhin zur Einhaltung der Prinzips „innen vor außen“, auch um den Verbrauch von Flächen zu vermeiden

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die behutsame innerstädtische Nachverdichtung sowohl im Stadtzentrum als auch in den Vororten – bei konsequenter Einhaltung des Achsenkonzepts - ist durch die effiziente Nutzung des Instruments von Bebauungsplanung zu regulieren. Die Aufstellung von Bebau-

ungsplänen zur Steuerung der Nachverdichtung sind bedarfsgerecht und den Kapazitäten der Verwaltung entsprechend zu nutzen. In Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten wird eine Prioritätenliste zur Aufstellung von Bebauungsplänen aufgestellt.

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, unter dem Aspekt Innenentwicklung geht vor Flächenverbrauch im Außenbereich, alle städtischen Flächen auf ihre Eignung zur Schaffung neuen Wohnraums zu prüfen und entsprechende Vorschläge, unter dem Aspekt der zeitlichen Umsetzbarkeit, zur Aufstellung von Bebauungsplänen zu erarbeiten.
3. Die Aufstellung von Bebauungsplänen zur Schaffung neuen Wohnraums entlang bestehender oder geplanter ÖPNV-Trassen, insbesondere im Bereich der Hauptentwicklungsachsen (5 Finger) ist gleichrangig aus ökologischen und ökonomischen Gründen zu prüfen.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, die im Zuge der Bundeswehrreform freiwerdenden Kasernenflächen zu überplanen, mit dem Ziel dort neue Wohnquartiere zu schaffen. Dabei sind die Leitlinien des Stadtratsbeschlusses „Konversion für Stadtentwicklung nutzen“ (1889/2011/1) als Grundlage zu beachten.
5. Die Verwaltung möge prüfen, wie der Flächennutzungsplan auf das Prinzip der Innenentwicklung gestärkt werden kann.
6. Es soll ein runder Tisch „Wohnraum 2012“ eingerichtet werden mit Beteiligten aus den städtischen Gremien, Land, Bauträgern, Wohnbau, Mieterbund und AStA, um gemeinsam zur Beseitigung des Wohnraummangels neue Möglichkeiten zu suchen und zu finden. Die Ergebnisse werden in den zuständigen städtischen Gremien behandelt und dann als Maßnahmenplan der Stadt und der betroffenen städtischen und stadtnahen Unternehmen der Stadt Mainz umgesetzt.

Dr. Eckhart Lensch (Fraktionsvorsitzender SPD)

Ansgar Helm-Becker (Fraktionssprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (Fraktionsvorsitzender FDP)